



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 12. Januar 05

„Masterplan Bürokratieabbau“ auf Erfolgskurs

„Während die CDU mit ihren Vorschlägen zum Bürokratieabbau vor allem Schutzrechte von Arbeitnehmern und Verbrauchern einschränken und die Umweltschutzstandards herabsetzen will, sorgt die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür, dass Bürger und Wirtschaft finanziell entlastet werden.“ Diese Zwischenbilanz zieht der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann zum Bürokratieabbau durch Initiativen der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat zum Beispiel dafür gesorgt, dass 12.500 Unternehmen von der Meldepflicht im innergemeinschaftlichen Warenverkehr völlig befreit worden sind. Für weitere 3.000 Unternehmen wird der Meldeaufwand halbiert. Rossmann: „Für die betroffenen Unternehmen bedeutet dies eine jährliche Ersparnis von rund 4,5 Millionen Euro.“

Ein anderes Beispiel für die umfassende Vereinfachungsoffensive im Statistikbereich sieht der Abgeordnete in der Änderung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes. Hier hat der Bürokratieabbau bereits Entlastungen für 50.000 Einzelunternehmen und 47.000 Dienstleistungsunternehmen gebracht. Seitens der Wirtschaft sind dadurch Einsparmöglichkeiten in Höhe von 18,5 Millionen Euro entstanden.

Diese abgespeckten Regelungen sind ein Ergebnis der Umsetzung des „Masterplans Bürokratieabbau“, den das Bundeskabinett im Februar 2003 beschlossen hat. Knapp 40 Prozent der bis Ende des Jahres 2006 geplanten Vorhaben zum Bürokratieabbau sind bereits abgeschlossen. Rossmann: „Auch die Opposition sollte sich allmählich ihrer Verantwortung bewusst werden. Bis dato hat sie - wo sie konnte - die Gesetzesinitiativen zum Bürokratieabbau von SPD und Grünen im Bundesrat verhindert.“

Die Vorschläge der Union, die die Opposition Ende des vergangenen Jahres in den Bundesrat einbrachte, seien dagegen unakzeptabel. Rossmann: „Hier stand ganz deutlich nicht der Abbau von bürokratischen Hemmnissen, sondern der Abbau von Kontrollen im Umweltbereich im Vordergrund.“ Die Bundesregierung setze hingegen andere Prioritäten. Sie konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die größten bürokratischen Beschränkungen für Bürger und Unternehmen bestehen.